

NATIONALRAT
Sommersession 2019

Fragestunde vom 17. Juni 2019

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

19.5309 Brélaz. Erhaltung der Biodiversität in der Hochsee

Am 29. August 2018 hat der Bundesrat beschlossen, an den Verhandlungen zur Ausarbeitung eines internationalen Instruments teilzunehmen, welches die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biodiversität in den Meeresgebieten ausserhalb nationaler Hoheitsgebiete gewährleistet.

- Wie ist die Haltung des Bundesrats betreffend die Entscheidungsfindung zur Auswahl der geschützten Gebiete in der Hochsee?
- Bevorzugt er - aus Gründen der Wirksamkeit - Entscheide mit einfacher oder mit qualifizierter Mehrheit oder im Gegenteil Entscheide, die Einstimmigkeit voraussetzen?

19.5312 Bourgeois. Übertragungsnetz

Im Übertragungsnetz wurde kürzlich eine kritische Situation festgestellt. Grund dafür waren ungeplante Stromflüsse innerhalb der EU.

Ist der Bundesrat über diesen Vorfall informiert und mit welchen Massnahmen plant er, solchen Problemen in Zukunft entgegenzuwirken?

19.5313 Egger Thomas. Vereinfachte Verkehrszulassung

Die Motion Darbellay 13.3818 bezüglich vereinfachter Verkehrszulassung wurde 2013 eingereicht und vom Parlament im Jahr 2016 angenommen. Die Vernehmlassung (2018) war durchwegs positiv. Der Bundesrat will der Motion nun - statt mit einer schlanken Umsetzung - mit einer Neuregelung und Digitalisierung des Zulassungsverfahrens (u.a. Abschaffung Typenschein) nachkommen (Inkrafttreten etwa 2025).

- Wird damit das Anliegen des Motionärs unterlaufen?
- Wie könnte das Anliegen rascher umgesetzt werden?

19.5314 Hardegger. Vorsorgeprinzip im Mobilfunkbereich

Artikel 11 Absatz 2 des USG verlangt "Emissionen im Rahmen der Vorsorge so weit zu begrenzen, als dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist."

1. Kennt der Bund die Kosten, Margen, Investitionslasten der Mobilfunkanbieter?
2. Kennt er die Preiselastizität bei den Kosten der Datenübermittlung?
3. Nimmt er Einfluss auf Gewinn und Investitionen bei "seiner" Swisscom?
4. Wann ist eine Vorsorge im Umweltbereich, u.a. im Umweltbereich wirtschaftlich nicht mehr tragbar?

19.5315 Hardegger. Ist 5G schon in Betrieb?

Glaubt man den Werbebotschaften der Mobilfunkanbieter, wird die ganze Schweiz bereits mit der 5G-Technologie versorgt.

1. Wie weit ist der Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes tatsächlich?
2. Werden dazu auch neue Frequenzen genutzt?
3. Steht auch die Zuteilung der Frequenzen im umstrittenen Millimeterwellenbereich an?
4. Setzt eine solche Ausweitung noch politische Entscheide voraus?

19.5316 Marti Samira. Wie und wann wird die Wirksamkeit freiwilliger Massnahmen im Bereich Klimaschutz & Finanzplatz gemessen werden?

In seiner Antwort auf die Interpellation 19.3114 bestätigt der Bundesrat, dass er einzig auf freiwillige Massnahmen setzen will, um "Finanzmittelflüsse in Einklang mit einer emissionsarmen und gegenüber Klimaveränderungen widerstandsfähigen Entwicklung" (Art. 2.1c des Pariser Klimaabkommens) zu bringen. Erst bei fehlender Wirkung würden weitere Möglichkeiten geprüft werden.

Wie und wann soll die Wirkung dieser freiwilligen Massnahmen überprüft und gemessen werden?

19.5321 Hiltbold. Höhe der Einnahmen am 31. Mai 2019 aus der neuen Abgabe gemäss dem revidierten RTVG

Die mit der Änderung des RTVG beschlossene Abgabe gilt seit 2019 und betrifft grundsätzlich alle Haushalte und auch Unternehmen ab einer bestimmten Grösse und entsprechend ihrem Umsatz.

Ich stelle dem Bundesrat folgende Fragen:

- Wie hoch waren am 31. Mai 2019 die Einnahmen aus der Abgabe gemäss dem revidierten RTVG?
- Wie hoch war der jeweilige Anteil der privaten Haushalte und der Unternehmen?
- Wie hoch waren vom 1. Januar bis am 31. Mai 2018 die Einnahmen gemäss dem alten RTVG?

19.5322 Romano. Projekt zur Kapazitätserweiterung auf der Autobahn Lugano-Mendrisio (PO-LU-ME): Vorteile und umweltrelevante Auswirkungen?

Das Projekt zur Kapazitätserweiterung auf der Autobahn Lugano-Mendrisio sieht vor, dass der heutige Pannestreifen ausschliesslich zu den Stosszeiten als dritte Fahrspur verwendet werden kann; so wird kein neues Land verbraucht.

- Verfügt der Bundesrat - auch auf der Grundlage von ähnlichen, schon umgesetzten Projekten in der Schweiz - über Informationen, um die Auswirkungen dieses Projekts auf die Umwelt zu beurteilen?
- Bringt der verbesserte Verkehrsfluss Vorteile mit sich?
- Zeigen vergleichbare Erfahrungen, dass die umliegenden Strassen entlastet werden?

19.5337 Vogler. Lärmbelastungen durch Motorräder

Die neuen Geräuschvorschriften der EU für Motorräder verbieten Vorrichtungen wie z.B. Klappensteuerungen/Tongeneratoren, die absichtlich Lärm erzeugen. In der Schweiz gelten diese seit dem 1. Januar 2016 für die Zulassung neu typengenehmigter Fahrzeuge und seit dem 1. Januar 2017 für den Import aller übrigen neuen Motorräder.

- Werden damit die teilweise massiven Lärmbelastungen endlich vermindert?
- Wie wird sichergestellt, dass die neuen Vorschriften nicht wieder umgangen werden?

19.5348 Bauer. Versand von nicht bestellten Warenmustern durch die Post

Die Post hat offenbar beschlossen, nicht bestellte Warenmuster an alle Haushalte in gewissen Dörfern oder Vierteln zu versenden - es sei denn, auf dem Briefkasten steht ein "Keine Werbung"-Aufkleber. Wir befinden uns in einer Zeit, wo der Kampf gegen die Verschwendung eine Priorität ist, die Mitarbeiter der Post ihren Aufträgen kaum nachkommen und die Post aus Gründen der Effizienz Filialen schliesst. Was hält der Bundesrat angesichts dieser Tatsachen von dieser Praxis?

19.5349 Bigler. 5G - wie weiter?

Der Bundesrat hat frühzeitig dem Mobilfunk neue Frequenzen für 5G zugewiesen und Konzessionen auktioniert. Jetzt verzögern einzelne Kantone und Gemeinden den 5G-Ausbau mit Moratorien.

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, damit diese Moratorien aufgehoben werden und die Anbieter ihren Rechten und Pflichten aus der Konzession nachkommen können?

19.5353 Sommaruga Carlo. Massiver FCKW-Ausstoss in China: Was tut der Bundesrat?

Eine aktuelle internationale Studie, an der die EMPA mitgewirkt hat, zeigt, dass die seit 2013 weltweit verbotenen FCKW-Emissionen im Osten von China massiv zugenommen haben. Diese Zunahme hat einen direkten Einfluss auf die Ozonschicht und betrifft auch die Bevölkerung in der Schweiz. Es ist geboten, gegenüber China entschlossen zu intervenieren, damit dieser schweren Umweltbeeinträchtigung ein Ende gesetzt wird. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen ihm und der chinesischen Regierung?

19.5355 Brunner Hansjörg. 5G: Verspätung und Kosten für die Wirtschaft?

Nach seinen eigenen Angaben will der Bundesrat die Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben und erachtet dafür leistungsfähige Mobilfunknetze nach dem 5G-Standard als unverzichtbar.

Wie will der Bundesrat einer Verzögerung von 5G angesichts ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Bedeutung entgegenwirken?

19.5364 Munz. Antibiotikakontaminierte Milch gehört nicht aufs Feld

Auf die Frage zur Entsorgung von antibiotikakontaminierte Milch über die Gülle, weist der Bundesrat in meiner Ip. 19.3074 daraufhin, dass es keine Alternativen dazu gäbe. In der Ip. Hardegger 19.3350 zu Antibiotikaresistenzen, schreibt er, dass antibiotikaresistente Bakterien zu 90-99 Prozent in Kläranlagen entfernt werden.

Wäre die Entsorgung von kontaminierten Milch durch die Kanalisation nicht sinnvoller als die Ausbringung auf Feld bzw. in die Umwelt?

19.5366 Friedl. Ressourcen für die Herstellung der Politikkohärenz bei der Umsetzung der Agenda 2030

Für die Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 verbleiben noch 10 Jahre Zeit. Die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit braucht eine hohe Politikkohärenz. Der Bundesrat hat ein Direktionskomitee und 2 Delegierte zur Umsetzung der Agenda 2030 und die Herstellung der Kohärenz eingesetzt.

- Wie viele personelle Ressourcen stehen zur Verfügung?
- Mit welchen Massnahmen wird die dringend herbeizuführende Politikkohärenz erreicht?
- Wie wird der Erfolg gemessen?

19.5367 Trede. Teilt der Bundesrat die Ansicht über die zentrale Bedeutung der Bildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), für die Erreichung der Ziele der Agenda 2030?

Im Outcome Statement der "Europe and North America Education 2030 Consultation" von Strasbourg sowie der Brussels Declaration des "Global Education Meeting" unterstrichen die teilnehmenden Parteien die zentrale Bedeutung der Bildung und insbesondere der BNE für die Erreichung der Ziele der Agenda 2030. Am nächsten HLPF in New York werden Bildung und BNE ein Hauptthema sein.

- Teilt der Bundesrat die Ansicht über die Bedeutung der BNE?
- Sieht er bezüglich BNE einen Handlungsbedarf?

19.5368 Piller Carrard. Bundesamt für Strassen: Verlegung der Filiale Estavayer-le-Lac

Die Westschweizer Filiale mit 55 Angestellten, die in den nächsten Jahren noch wachsen soll, wurde im Rahmen des innerschweizerischen Ausgleichs in Estavayer-le-Lac eingerichtet. Verschiedenen Quellen zufolge könnte dieser Standort nun in einen anderen Kanton verlegt werden.

- Entspricht dies der Wahrheit?
- Wie würde diese Entscheidung begründet?
- Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass eine solche Verlegung, wie sie dem Anschein nach geplant ist, einen Vertrauensbruch darstellt?

19.5370 Masshardt. Beem

Am 27. Mai 2019 hat die Swisscom die (inzwischen verschobene) Einführung von Beem bekannt gegeben. Mit Beem werden von Plakatstellen Signale ausgesendet, die zu individualisierter Werbung auf dem Smartphone führen.

- Ist der Bundesrat über diese neue Werbetechnik informiert?
- Wie beurteilt er die möglichen Folgen hoher Töne insbesondere für Kinder und Tiere?
- Sieht er die Notwendigkeit die Gesetzgebung an diese neue Werbeform anzupassen?

19.5378 Burkart. Wann wird die Revision des Strassenverkehrsgesetzes dem Parlament unterbreitet?

In seiner Antwort zu meiner Interpellation 19.3205 "Abnehmende Dynamik bei der Digitalisierung. Was unternimmt der Bundesrat?" schreibt der Bundesrat, dass die rechtlichen Grundlagen für den schrittweisen Einsatz automatisierter Fahrzeuge im Rahmen der kommenden Revision des Strassenverkehrsgesetzes geschaffen werden. Wann wird diese Revision dem Parlament unterbreitet, bzw. wann wird das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf des Bundesrates eröffnet?

Bundeskanzlei

19.5341 Geissbühler. Demonstrationen und Streiks auf dem Bundesplatz während der Session

Schon während der ganzen Frühlingssession wurde vor dem Bundeshaus demonstriert und dies geht nun jede Session so weiter, obwohl es verboten ist, während den Sessionen zu demonstrieren.

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die unbewilligten Demonstrationen und Streiks während der Session zu unterbinden?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

19.5323 Romano. Schulden von Campione d'Italia: Könnte der Bund die Haftung übernehmen und diese Schulden mit den Steuerrückerstattungen verrechnen?

Die institutionelle und wirtschaftliche Krise von Campione d'Italia dauert an. Die Schulden gegenüber dem Kanton Tessin, gegenüber Lugano und gegenüber verschiedenen Privatpersonen werden grösser; insgesamt belaufen sie sich auf mehr als 5 Millionen Franken.

- Wäre der Bundesrat bereit, diese Schulden zu übernehmen und eine Gesamtlösung mit Italien zu suchen?
- Falls dies politisch machbar ist, wäre es möglich, sich mit dem Kanton Tessin zu koordinieren, sodass die Schulden mit den jährlichen Steuerrückerstattungen an Italien verrechnet und damit die verschiedenen Gläubigerinnen und Gläubiger befriedigt werden?

19.5379 Arslan. Die Verletzung des humanitären Völkerrechts in Idlib

Seit Februar 2019 wirft die syrische Regierung mit Unterstützung Russlands Bomben auf dicht besiedeltes Gebiet in Idlib ab. Gezielt wurden dabei auch diverse Spitäler angegriffen und zerstört. Über 300 000 Zivilisten sind erneut auf der Flucht. Der Bombardierung von Spitälern und der systematische Angriff auf die Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Was gedenkt die Schweiz zu tun?

Departement des Innern

19.5317 Heim. Therapie nach Mass - zu masslosen Preisen?

Die Gen-Therapie Zolgensma gegen eine Muskelkrankheit kostet in den USA als Einmaldosis 2,1 Millionen Dollar, Luxturna gegen einen Gendefekt des Sehvermögens 850 000 Dollar, andere Therapien gegen seltene Krankheiten ebenfalls x 100 000 Franken.

- Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die OKP solche Preise mittel- bis längerfristig nicht bewältigen kann und die Industrie zu Transparenz über F&E-Kosten zu verpflichten ist, um die Preisbildung zu erklären?
- Was spricht dagegen, was läuft international, was beim Bund?

19.5324 Gysi. Krankenkassen erzielen gesetzwidrig Gewinne

Zwölf grosse Krankenversicherungen erzielten 2018 fast eine Milliarde Gewinne für KVG-Leistungen, Gewinne in der obligatorischen Grundversicherung sind verboten.

- Wie beurteilt der Bundesrat,
 - dass nur gerade 3 Krankenkassen den Versicherten eine Rückzahlung der zu viel bezahlten Prämien machen?
 - Das Verhalten der Krankenversicherer in Sachen Gewinnerzielung generell?
- Was unternimmt er, damit die Gesetze eingehalten werden?

19.5326 Streiff. Neuer Tarifstrukturvertrag für selbständig erwerbende Hebammen - wann erfolgt Genehmigung?

Rund 1700 selbstständig erwerbenden Hebammen arbeiten mit einer 25 Jahre alten, gänzlich veralteten Tarifstruktur. Der Schweizerische Hebammenverband hat mit sämtlichen Tarifpartnern seit 2015 an der längst fälligen, neuen Tarifstruktur gearbeitet und die Arbeiten erfolgreich mit einem Tarifstrukturvertrag abgeschlossen. Am 18. Juni 2018 wurde dieser beim Bundesrat von sämtlichen Tarifpartnern eingereicht. Ist der Bundesrat gewillt, die Tarifstruktur für Hebammenleistungen zu genehmigen?

19.5330 Kälin. Notwendigkeit des neuen Tarifstrukturvertrags für selbständig erwerbende Hebammen?

Verschiedenste gesetzliche KLV-Anpassungen für ambulante Hebammenleistungen sind 2015 in Kraft getreten, die im alten Tarif nicht abgebildet sind. Es besteht diesbezüglich Rechtsunsicherheit. Gemäss Hochrechnungen sind die finanziellen Auswirkungen mit zusätzlichen Aufwendungen von 29,4 Millionen oder 0,04 Prozent der gesamten Gesundheitskosten vertretbar, für die Hebammen aber existenziell.

- Welchen Handlungsbedarf sieht der Bundesrat?
- Wie beurteilt er die Notwendigkeit einer neuen Tarifstruktur?

19.5331 Gysi. Neuer Tarifstrukturvertrag für selbständig erwerbende Hebammen - aufwändiges Genehmigungsverfahren

Für kleine Berufsverbände wie den SHV sind Tarifstrukturverhandlungen aufwändig und ohne Zusatzleistungen der Mitglieder nicht finanzierbar. Obwohl es gelang, mit allen Tarifpartnern eine Einigung zu erzielen, erfolgte bis dato keine bundesrätliche Genehmigung. Seit Juni 2018 hat der SHV zudem zweimal umfassende Dokumente zusammen mit den Tarifpartnern nachgereicht.

Ist solch ein langes Genehmigungsverfahren durch die zuständige Behörde noch WZW-konform?

19.5346 Geissbühler. Neuer Tarifstrukturvertrag für selbständig erwerbende Hebammen - Grosse Belastungen für kleinen Verband

Verschiedenste gesetzliche KLV-Anpassungen für ambulante Hebammenleistungen sind 2015 in Kraft getreten, die im alten Tarif nicht abgebildet sind. Es besteht diesbezüglich Rechtsunsicherheit. Tarifverhandlungen verursachen bei den Leistungserbringern und bei den Krankenversicherern enorme Kosten. Die Kosten der Krankenversicherer werden über die Krankenkassenprämien finanziert.

Werden Genehmigungsanträge kleiner Berufsverbände weniger prioritär behandelt als das Tarmed-Dossier?

19.5332 Bigler. Masslose Kompetenzüberschreitung des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV

Das BLV lädt zum 3. Runden Tisch "Einführung des französischen Ampelsystems Nutri Score" ein. Dessen Einführung wird vom BLV ausdrücklich unterstützt. Teilnehmende Firmen verpflichten sich mit der Anmeldung zur Einführung von Nutri Score. In Beantwortung der Frage 19.5154 hält der Bundesrat allerdings fest, kein zwingendes Kennzeichnungssystem einführen zu wollen.

Wie stellt sich der Bundesrat zur masslosen Kompetenzüberschreitung des BLV und dessen Anmassung, legislativ tätig werden zu wollen?

19.5333 Regazzi. Hat sich der Bundesrat schon wieder verrechnet?

Um für die Unternehmen einen Anreiz zu schaffen, inländische Arbeitskräfte anzustellen, hat der Bundesrat am 15. Mai 2019 ein Paket von Massnahmen angekündigt, mit denen die Chancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert werden sollen. Dazu gehören auch Überbrückungsleistungen für ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 Jahren. Die Kosten dafür werden auf 95 Millionen Franken beim Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes geschätzt.

Ich frage den Bundesrat:

- Bestätigt er die Medienberichte, wonach dieser Betrag zu tief angesetzt ist?
- Falls ja, um wie viel zu tief?

19.5339 Herzog. Fehlende Zulassung von Kindermedikation

In der Schweiz fehlt es im Unterschied zum EU-Ausland im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin oftmals an Zulassungen, weil es sich für die Industrie nicht rechnet. Ärzte sind gezwungen, so genannte off-label-Medikation zu betreiben und gehen dabei ein Haftungsrisiko ein.

Was unternimmt der Bundesrat, um die Industrie zur Zulassung von Kinderdosierungen zu bewegen, welche im Ausland gängig sind?

19.5352 Frehner. Einführung schweizweiter Betriebsvergleiche zwischen Spitälern

Gemäss Artikel 49 Absatz 8 KVG ordnet der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen schweizweit Betriebsvergleiche zwischen Spitälern an. Am 15. Mai 2019 hält das Bundesverwaltungsgericht in einem Entscheid betreffend Spitaltarif der öffentlichen Spitäler des Kantons Schwyz fest, dass es unabdingbar ist, dass die Verpflichtung zur Erstellung dieser Betriebsvergleiche baldmöglichst umgesetzt wird.

Wie fortgeschritten sind die Arbeiten zur Umsetzung von Artikel 49 Absatz 8 KVG?

19.5356 Wüthrich. Detailliertere Auswirkungen der Kinderrenten-Kürzung auf die EL

Der Nationalrat plant die Kinderrenten zur AHV und IV um 25 Prozent zu kürzen. Bekannt ist, dass dadurch die Ausgaben der EL ab dem Jahr 2030 um 47 Millionen Franken anwachsen werden.

Kann der Bundesrat die folgenden Fragen beantworten:

1. Wie stark steigt dadurch die EL-Quote unter den Familien mit Kindern an, getrennt nach AHV-EL und IV-EL?
2. Wie gross sind die Mehrkosten, die dadurch den Kantonen entstehen?

19.5365 Rytz Regula. Hat das Bundesamt für Kultur ein Problem mit der Bundeshauptstadt Bern?

Trotz Ausgabenwachstum will der Bundesrat die sogenannte "Bundesmillion" in der Kulturbotschaft streichen. Bereits 2017 wurde der - im internationalen Vergleich bescheidene Beitrag - in Frage gestellt.

- Was sind die Gründe für diesen Entscheid?
- Warum wurde mit dem früheren Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät 2016 ein Leistungsvertrag vereinbart, der nach vier Jahren bereits zur Makulatur werden soll?
- Warum wurde vor dem Entscheid das Gespräch mit der Stadt Bern nicht gesucht?

19.5372 Birrer-Heimo. Inkorrekte Abrechnung von Spitalkosten (1): Rolle des BAG

Eine vom BAG empfohlene und von Krankenkassen angewandte Berechnungsmethode für Spitalkosten ist nicht korrekt: Sie führt dazu, dass Versicherte auf von ihnen selbst getragenen Kosten Selbstbehalt zahlen müssen. Dies stellt das Bundesgericht in seinem Urteil 9C_716/2018 vom 14. Mai 2019 fest.

- Wie reagiert das BAG auf dieses Urteil?
- Wie stellt es sicher, dass künftig alle Krankenversicherungen korrekt abrechnen?

19.5373 Birrer-Heimo. Inkorrekte Abrechnung von Spitalkosten (2): Betroffene Krankenkassen

Eine vom BAG empfohlene und von Krankenkassen angewandte Berechnungsmethode für Spitalkosten ist nicht korrekt: Sie führt dazu, dass Versicherte auf von ihnen selbst getragenen Kosten Selbstbehalt zahlen müssen. Dies stellt das Bundesgericht in seinem Urteil 9C_716/2018 vom 14. Mai 2019 fest.

Wie viele Krankenkassen rechnen nach dieser inkorrekten Methode ab?

Justiz- und Polizeidepartement**19.5308 Ammann. Hooligans in und um Fussballstadien schärfer bestrafen**

Gewalt in und um Fussballstadien ist wieder zu einem grossen Thema geworden. Nachdem sich das Hooligan-Problem vorübergehend entspannt hat, äufnen sich die Vorfälle wieder. Höhepunkt war der von Hooligans erzwungene Spielabbruch in Luzern. In der Analyse eines dringenden schärferen Strafmasses stellt sich in der Öffentlichkeit diese Frage.

Wann wird der Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen für eine Verschärfung im Umgang mit gefährlichen Straftäter und eine deren rasche Verurteilung vorlegen?

19.5310 Molina. Widersprüchliche Praxisänderung bei Ausschaffungen nach Afghanistan

Seit März 2019 führt die Schweiz wieder abgewiesene Asylsuchende nach Afghanistan zurück, obwohl das EDA eindringlich vor Reisen in dieses Land warnt.

- Wie begründet der Bundesrat diese widersprüchliche Praxis?

Und wie kam diese zustande?

- Wie kann er ausschliessen, dass bei solchen Ausschaffungen das Non-Refoulement-Gebot nicht verletzt wird?

- Was muss passieren, damit der Bundesrat von Ausschaffungen absieht?

19.5318 Steinemann. Schützt die Referendumsvorlage auch pädophile Neigungen?

Pädophilie kann auch als "sexuelle Orientierung" i.S. der Vorlage 13.407 aufgefasst werden.

Im Sinne eines Kurz-Rechtsgutachtens bitte ich den Bundesrat, die Frage abzuhandeln, ob auch (verurteilte) Pädophile vom neuen Hass-Tatbestand geschützt sind. Unerheblich ist dabei die eigentliche Straftat an sich.

Und sind auch andere gesellschaftlich geächtete Sexualpraktiken wie Nekro- oder Zoophilie oder der Konsum von Pornografie im Sinne des neuen Tatbestandes zu qualifizieren?

19.5325 Reimann Maximilian. Soll das Instrument der Siegelung von relevanten Strafuntersuchungsakten auch zwecks Verjährung eingesetzt bzw. missbraucht werden können?

Der zähe Verlauf der aktuellen Strafuntersuchung im Fall Raiffeisen rückt in der Öffentlichkeit zunehmend die Fragwürdigkeit von Artikel 248 StPO über die Siegelung und Entsiegelung von relevanten Daten und Gegenständen in den Fokus.

- Was war seinerzeit die Ratio Legis zur Einführung dieses Instruments in die StPO?

- Hat es sich in der Praxis bewährt oder wird es vielmehr verteidigungstaktisch missbraucht?

- Wäre ein Stillstand der Verjährung eine taugliche Lösung im Zug der laufenden StPO-Revision?

19.5334 Regazzi. SPC-Waiver: Auch die Schweiz braucht eine Lösung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Generika herstellenden Pharmaindustrie

Am vergangenen 17. April hat die EU-Parlament eine Ausnahme in Bezug auf das geistige Eigentum verabschiedet (SPC-Waiver bedeutet, dass ein in einem Land, in dem ein ergänzendes Schutzzertifikat [SPC] gilt, hergestelltes Arzneimittel in einem Land verkauft werden kann, in dem das Schutzzertifikat abgelaufen ist). Mit diesem Beschluss sind die Generika produzierenden Pharmaunternehmen wieder wettbewerbsfähig, weil sie dann zu den Ersten gehören, die neue Arzneimittel registrieren lassen können.

- Ist dies in der Schweiz ein Thema?
- Wäre es nicht sinnvoll, eine Arbeitsgruppe zu dieser Regelung zu schaffen?
- Wenn ja, wie könnte der Zeitplan aussehen?

19.5350 Schläpfer. UMAs in Bundeszentren: schafft sich die ZHAW selbst einen Absatzmarkt für ihre Absolventen?

Die ZHAW bildet Sozialarbeiter aus und empfiehlt dem Bund, mehr Sozialarbeiter für UMAs zu engagieren.

1. Wie hoch fallen in den Bundeszentren die Kosten pro UMA heute aus?
2. Wie hoch sind die Kosten pro Sozialarbeiter in den Bundesasylzentren?
3. Schafft sich die ZHAW mit dieser Empfehlung selbst einen Absatzmarkt für ihre Absolventen?

19.5351 Schläpfer. UMAs in Bundeszentren: schafft sich die ZHAW selbst einen Absatzmarkt für ihre Absolventen?

Die ZHAW bildet Sozialarbeiter aus und empfiehlt dem Bund, mehr Sozialarbeiter für UMAs zu engagieren.

1. Wie hoch ist der Betreuungsschlüssel heute?
2. Wie hoch wird er nachher sein?

19.5357 Marti Samira. Beschleunigte Verfahren: Sind unbegleitete Minderjährige keine Priorität?

Am 9. Mai 2019 informierte das SEM über die neue Behandlungsstrategie für Asylverfahren in den Bundesasylzentren. Vorrangig werden Asylgesuche behandelt, die im beschleunigten Verfahren oder im Dublin-Verfahren erledigt werden können. Die prioritäre Behandlung von Asylgesuchen von unbegleiteten Minderjährigen wird allerdings nicht erwähnt, obwohl dies im Asylgesetz vorgeschrieben ist.

- Wie erklärt sich der Bundesrat diese Divergenz?
- Werden entsprechende Gesuche nicht mehr prioritär behandelt?

19.5363 Marra. Beeinträchtigt die Art und Weise der Finanzierung der Oseara AG ihr Urteilsvermögen?

Im April dieses Jahres wurde eine georgische Familie im Kanton Waadt unter entsetzlichen Bedingungen ausgeschafft. Die Kinder waren während der Operation Zeugen eines Suizidversuchs des Vaters. Eine der Aufgaben von Oseara ist es einzuschätzen, ob die Personen reisefähig sind. Da sie dieser Aufgabe nicht gerecht wurde, hatte sie bereits vor einigen Jahren für Schlagzeilen gesorgt. Ist der Bundesrat ebenfalls der Meinung, dass die Art und Weise der Finanzierung dieser Gesellschaft, nämlich in Pauschalen pro Begleitung, ihr Urteilsvermögen beeinträchtigt?

19.5377 Glättli. Pushbacks von Schutzsuchenden an den EU-Aussengrenzen, speziell Libyen: Wie engagiert sich die Schweiz, dass Schutzsuchende nicht in unmenschliche Haftlager in Libyen zurückgezwungen werden

Das UNHCR beschreibt die Situation von Flüchtlingen in den Haftlagern in Libyen als "verheerend". Die EU müsse eine Rückführung der Migranten unbedingt verhindern. Die Situation der Geflüchteten in den Lagern verschlechtert sich durch die militärische Entwicklung weiter.

1. Wie setzt sich die Schweiz für die Befreiung Schutzsuchender aus den Haftlagern ein?
2. Wie setzt sich die Schweiz gegen Pushbacks nach Libyen ein?
3. Ist sie bereit, die Kontingente von Flüchtlingen aus Libyen zu erhöhen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

19.5311 Molina. Kooperation von Elbit Systems und Ruag

Gemäss EFK (16612) entwickeln Ruag und Elbit Systems einzelne Teile für ein Sense-and-Avoid-System unter Führung von Armasuisse. In seiner Antwort auf Anfrage 18.1093 schreibt der Bundesrat: "Auch im Rahmen anderer Beschaffungsprojekte der Schweizer Armee gibt es keinen Technologietransfer von Ruag zu Elbit."

- Gilt dies auch für die Entwicklung des Sense-and-Avoid-System für die Hermes-900-Drohne?
- Falls ja: Ist es korrekt, dass Israel das Sense-and-Avoid-System nicht im Ausland einsetzen darf?

19.5342 Geissbühler. Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

1. Wie lange reicht der aktuelle Munitionsbestand im Falle eines konventionellen Krieges?
2. Was unternimmt der Bundesrat um die Situation im Sinne einer effektiven Landesverteidigung zu verbessern?

19.5343 Geissbühler. Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

1. Besteht ein Verteidigungsplan in Bezug auf den Schutz existenzieller Infrastruktur im Falle eines terroristischen Anschlages, eines konventionellen Krieges oder anderer ähnlicher Vorkommnisse?
2. Wenn nein, ist einer in Planung?

19.5344 Geissbühler. Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

1. Wie steht der Bundesrat zum Verkauf wichtiger Infrastrukturen (Stromnetz, Wasserquellen, Rüstungsunternehmen, Kommunikationsunternehmen, etc.)?
2. Wie soll im Kriegsfall die Strom-, Lebensmittel- und Wasserversorgung der Schweizer Bevölkerung sichergestellt werden?
3. Wie soll die Schweiz ohne diese existenziellen Infrastrukturen im Ernstfall eine effektive Landesverteidigung aufrechterhalten?

19.5345 Geissbühler. Landesverteidigung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Was gedenkt der Bundesrat zu tun um die Überbürokratisierung im VBS und im inneren der Armee zu reduzieren, die Prozesse effektiver zu gestalten und Schnittstellen massiv zu reduzieren damit die Finanzen effektiver in die Landesverteidigung investiert werden können?

Finanzdepartement**19.5320 Wermuth. Planen Fifa und Bundesrat eine Steuerbefreiung unter dem Radar?**

Fifa, Bundesrat und der Regierungsrat des Kantons Zürich haben mehrfach verneint, dass die Fifa eine Steuerbefreiung anstrebe. Neue Recherchen des Westschweizerfernsehens RTS zeigen das Gegenteil. Offenbar finden seit 2017 entsprechende Gespräche zwischen Bundesrat und der Fifa statt. Ziel ist u.a. eine Befreiung von der direkten Bundessteuer nach Artikel 56g DBG.

- Fanden solche Gespräche statt?
- Wenn ja, wer nahm daran teil?
- Wie ist die Position des Bundesrates?
- Wo steht das Geschäft?

19.5328 Seiler Graf. Integration der Transportpolizei in die Zoll- und Grenzwaache?

Laut Medienberichten prüft der Bundesrat die Integration der Transportpolizei (TPO) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) bzw. das Grenzwachtkorps (GWK).

- Wann und in welcher Form wird der Bundesrat über dieses Projekt informieren?
- Wer sind die Träger dieses Projektes und wer wird in welcher Form konsultiert?
- Wie wahrt er die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Kantone, auf ihrem Hoheitsgebiet für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen?

19.5358 Meyer Mattea. Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien und geplante Reise des Bundespräsidenten

In Saudi-Arabien soll ein 18-Jähriger hingerichtet werden, weil er als Kind an einer Demonstration teilgenommen hat. Ein weiterer haarsträubender Fall von unzähligen Menschenrechtsverletzungen.

- Plant Bundespräsident Maurer trotzdem weiterhin, im laufenden Jahr nach Saudi-Arabien zu reisen?
- Wenn ja, wie und mit welchem Stellenwert wird der Bundespräsident die Menschenrechtsfrage thematisieren und öffentlich Stellung dazu nehmen?

19.5375 Glättli. Illegale Pushbacks von Schutzsuchenden an den EU-Aussengrenzen, speziell Kroatien: Wie reagiert die Schweiz? Verhindert sie eine Beteiligung von Schweizer Grenzwächterinnen und Grenzwächter im Rahmen von Frontex?

"borderviolence.eu" dokumentiert über 500 Fälle von Gewalt gegen Schutzsuchende an Kroatiens Grenze. Frontex-Mitarbeitende sollen an Pushbacks und Übergriffen beteiligt sein. Schweizer Grenzwächterinnen und Grenzwächter sind im Rahmen von Frontex mit der kroatischen Grenzpolizei im Einsatz.

1. Kennt der Bundesrat diese Vorwürfe?
2. Wie sorgt er dafür, dass Schweizer Grenzwächterinnen und Grenzwächter sich korrekt verhalten?
3. Protestiert er bei Frontex und ggü. der EU?
4. Wäre er bereit, Kontingente aus Bosnien und Herzegovina aufzunehmen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**19.5319 Rochat Fernandez. Arbeit auf Abruf: im Arbeitsvertrag eine minimale/durchschnittliche Anzahl Stunden gewährleisten**

Die Arbeit auf Abruf ist die Art von Arbeitsvertrag, die für die Arbeitnehmenden (vorwiegend Frauen) am meisten Unsicherheiten birgt. Ausserdem ist es für diese Arbeitnehmenden schwierig, Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung geltend zu machen (keine Anrechnung von Arbeitsausfall für nicht geleistete Stunden, kein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung bei Beschäftigungsschwankung von über 20%, siehe Weisungen der SECO).

Zieht der Bundesrat in Betracht, eine Änderung des OR vorzulegen, damit in dieser Art von Arbeitsvertrag eine minimale/durchschnittliche Arbeitszeit vereinbart werden muss?

19.5327 Heim. Immer gravierendere Engpässe - der Schweiz fehlen wichtige Medikamente und Impfstoffe

Laut dem BWL fehlen 31 essenzielle Medikamente und 8 Impfstoffe. Die globalisierte Produktion und Marktrückzüge mangels Rentabilität sind u.a. Gründe für Versorgungsausfälle in Europa und der Schweiz. Trotz der Massnahmen des Bundes mit Meldepflicht, Pflichtlager und Import von Kleinmengen an Arzneimitteln nehmen die Engpässe zu.

Von welcher Bedeutung sind Exportverbote wie sie Belgien erlässt und in Baden-Württemberg gefordert werden zur Sicherung der eigenen Landesversorgung letztlich für die Schweiz?

19.5329 Seiler Graf. Bundesgericht: Namen der Kriegsmaterial exportierenden Firmen öffentlich machen

Das Bundesgericht hat am 21. März 2019 im Urteil 1C_222/2018 eine Beschwerde des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung abgewiesen und folgt der Empfehlung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten: Das Seco soll die Liste der bewilligten und der abgelehnten Gesuche für den Export von Kriegsmaterial einschliesslich Unternehmensnamen, Kategorie und Anteil am Wert des Gesamtexports veröffentlichen.

Wird der Bundesrat diese Angaben in Zukunft von sich aus publizieren?

19.5335 Rochat Fernandez. Kündigungsschutz für Gewerkschaftsmitglieder: endgültig von der schwarzen Liste der ILO herunterkommen

Schon seit vielen Jahren wird die Schweiz regelmässig von der ILO bezüglich Kündigungsschutz der Gewerkschaftsmitglieder ermahnt. Im allerletzten Moment strich die ILO die Schweiz von ihrer schwarzen Liste mit 25 Ländern, die hinsichtlich Koalitionsfreiheit problematisch sind. In der Zwischenzeit wurde bekannt gegeben, dass der Bundesrat einer Mediation zwischen der Arbeitgeberseite und den Gewerkschaften zugestimmt hat.

Welche genauen Ziele und welchen Zeitplan hat sich der Bundesrat für diese Mediation gesetzt?

19.5362 Sommaruga Carlo. Kündigungsschutz für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: von Worten zu Taten

Zu dem Zeitpunkt, wo die Schweiz in Genf die Jubiläumskonferenz anlässlich des hundertjährigen Bestehens der ILO beherbergt, ist sie für die nächsten 12 Monate von der schwarzen Liste jener Länder gestrichen worden, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht korrekt vor Kündigungen schützen; dies, weil sie im allerletzten Moment eine Mediation zwischen Sozialpartnern angekündigt hat. Falls diese Mediation scheitert, ist der Bundesrat bereit, seine Verantwortung zu übernehmen und aus eigener Initiative einen verstärkten Schutz für die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vorzuschlagen?

19.5369 Maire Jacques-André. Welcher Schutz für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter?

Gemäss der ILO sind gewerkschaftlich aktive Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz nicht genügend vor Kündigung geschützt. Der Vorsteher des WBF hat erklärt, dass der Bundesrat bereit ist, diese Situation zu ändern.

Nun aber konkret:

Was wird der Bundesrat unternehmen, um den Schutz vor antigewerkschaftlichen Kündigungen in der Schweiz wirksam zu verbessern und die vollumfängliche Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes zu gewährleisten?

19.5371 Reynard. Schwarze Liste der ILO: Kommen nun endlich die Massnahmen gegen missbräuchliche antigewerkschaftliche Kündigungen?

Die zuständige ILO-Kommission hatte die Schweiz auf die schwarze Liste jener Länder gesetzt, die die Koalitionsfreiheit nicht respektieren. Grund dafür war, dass die Schweiz gewerkschaftlich aktive Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht genügend vor Kündigungen schützt. Am Dienstag, dem 11. Juni, hat der Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der ILO auf Antrag der Schweizer Delegation entschieden, die Schweiz von dieser Liste zu streichen, nachdem Bundesrat Parmelin sich verpflichtet hat, mit den Sozialpartnern eine Lösung auszuhandeln.

Wann und wie genau werden die legitimen Forderungen der ILO erfüllt?

19.5374 Schneider Schüttel. Kündigungsschutz für gewerkschaftlich engagierte Arbeitnehmende - Schweiz auf der schwarzen Liste der ILO

Wie den Medien entnommen werden konnte, sollte die Schweiz auf die schwarze Liste der ILO aufgenommen werden. Offenbar wurde der Schweiz ein Aufschub gewährt.

- Welche Forderungen stellt die ILO?

- Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, um einen solchen Eintrag zu verhindern?

- Wie will er den Kündigungsschutz der Arbeitnehmenden verstärken?

19.5338 Graf Maya. Immer weniger Menschen sind bereit, die Risiken des Pestizideinsatzes in der Schweiz zu akzeptieren

Das Vertrauen in die Wissenschaft und die Zulassung von Pestiziden nimmt laufend ab. Immer weniger Menschen sind bereit, die hohen Risiken des Pestizideinsatzes zu akzeptieren - zwei Volksinitiativen sind Beleg dafür. Das gesellschaftliche Risikobewusstsein verändert sich, was laut Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation 19.3386 einen Einfluss auf die Zulassung haben muss.

Ich bitte den Bundesrat zu erläutern, ob er eine solche Veränderung feststellt und wie sich diese auf die Zulassung auswirkt?

19.5340 Herzog. Fehlende Medikamente in der Schweiz

In der Schweiz werden gewisse Medikamente nicht mehr hergestellt, weil der Patentschutz abgelaufen und die Renditeperspektiven für die Industrie gering sind.

- Was unternimmt der Bundesrat, um den Bedarf mit wichtigen Medikamenten sicherzustellen?
- Führt er Gespräche mit der Industrie?

19.5347 Graf Maya. Register mit Studien zu Pestiziden und anderen lebensmittelrelevanten Chemikalien vorantreiben

Auf meine Frage 19.5038 antwortet der Bundesrat: Die EU schlägt vor, ein Register der verschiedenen Studien einzuführen, die an einem Stoff durchgeführt wurden. Nach den Grundsätzen der guten Praxis akkreditierte Laboratorien wären verpflichtet, alle durchgeführten Studien im Register zu melden. Die Zulassungsbehörden könnten so überprüfen, ob alle Studien vom Antragsteller eingereicht wurden.

Ist er bereit, sich den Bemühungen um Planung, Umsetzung und Betrieb dieses Registers anzuschliessen?

19.5354 Sommaruga Carlo. Glyphosat: Erneuter Schuldspruch in den USA, der das Mittel Roundup in Zusammenhang bringt mit Krebserkrankungen. Anlass für einen Paradigmenwechsel beim Bundesrat?

Im Mai 2019 wurde Monsanto zum dritten Mal von einem US-Gericht verurteilt. Dabei ging es um das Mittel Roundup und seinen Wirkstoff Glyphosat. Das Gericht ist den Klägern, die an Krebs erkrankt sind, gefolgt und vertrat die Auffassung, dass das genannte Pestizid Ursache der Krebserkrankung war.

Ist diese Entwicklung in der Rechtsprechung kein Anlass für den Bundesrat, seine Haltung zu ändern und unverzüglich jegliche Produktion und jeglichen Vertrieb von Pestiziden mit Glyphosat vorsorglich zu verbieten?

19.5359 Rytz Regula. Freihandelsabkommen Mercosur: Offene Fragen zum Schutz der Indigenen Bevölkerung

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen (FHA) mit den Mercosur-Staaten sollen Ende 2019 abgeschlossen sein. Zu den Handelspartnern gehört auch Brasilien mit seinem rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro. Unter ihm geraten Menschen- und Umweltrechte stark unter Druck.

- Wie schätzt der Bundesrat die Situation nach dem Regierungswechsel in Brasilien ein, insbesondere betreffend der Indigenen Bevölkerung?
- Ist die Wahrung der Rechte der Indigenen Bevölkerung ein Muss-Kriterium für das FHA?

19.5360 Rytz Regula. Freihandelsabkommen Mercosur: Offene Fragen zum Klimaschutz

Frankreich und Luxemburg haben angekündigt, ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten abzulehnen, wenn Brasilien aus dem Pariser Klima-Abkommen aussteigt.

- Teilt der Bundesrat diese Haltung?
- Was würde ein Übungsabbruch der EU für die Efta-Verhandlungen bedeuten?
- Wie kann der Bundesrat die Pflicht zu Einhaltung internationaler Umweltabkommen im Standard-Nachhaltigkeits-Kapitel der EFTA durchsetzen, wenn Brasilien aus dem Klima-Abkommen aussteigt?

19.5361 Rytz Regula. Freihandelsabkommen Mercosur: Offene Fragen zur Nachhaltigkeit

Für das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wurde offenbar ein Nachhaltigkeitskapitel erarbeitet.

- Sind die Verhandlungen bereits abgeschlossen?
 - Was sind die Kernpunkte dieses Nachhaltigkeitskapitels?
- Werden auch die Menschenrechte und die Klimaziele von Paris berücksichtigt?
- Wie gross ist die Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Nachhaltigkeits-Ziele?
- Gibt es eine Kontrollbehörde, sind Sanktionen vorgesehen?

19.5376 Gugger. Welche Stellen bzw. Bereiche des Bundes befassen sich mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Der Bundesrat verfolgt laut BFI-Botschaft das Ziel, ausgehend von den ergriffenen Massnahmen die nachhaltige Entwicklung in Bildung, Forschung und Innovation weiter zu stärken, in Abstimmung mit anderen Bereichen der Bundespolitik.

Ich bitte ihn daher, kurz darzulegen, bei welchen Stellen bzw. in welchen Bereichen der Bundespolitik (insbesondere bei welchen Bundesämtern) Verantwortlichkeiten betreffend Bildung für nachhaltige Entwicklung liegen.